

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 494.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 190.

Zweite Ausgabe

Wittwoch, 21. Oktober 1908.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Telephon Nr. 158. Sänging Nr. 15. Sänging Nr. 15.
Verantwortl. Redakteur: Dr. Walter Gumbel in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 8.
Telephon-Nr. 11494.
Sendung von Halle a. S. in die Provinz in Halle a. S.

Der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag.

In Frankreich gibt man sich den Anschein außerordentlicher Beschäftigung über das Zustandekommen eines Vertrages zwischen England und der französischen Republik, wonach bei gewissen Differenzen zwischen beiden Ländern der ständige Haager Schiedsgerichtshof angerufen werden soll. In England sieht man die Sache kühler an, und das hat zwei Gründe.

Erstens ist man in Großbritannien, wo die Idee schiedsrichterlicher Entscheidung internationaler Streitigkeiten zuerst ernstlich ins Auge gefaßt und namentlich durch Cobden und seine einflussreiche Schule gefördert worden ist, durch die bei der Bewirkung der Idee gemachten Erfahrungen etwas festzuhalten geworden. Man unterschätzt den praktischen Sinn der Engländer, wenn man glaubt, sie könnten in irgend einer Angelegenheit, wo sie gewiß sind, ihre Auffassung mit Erfolg auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen, ein Schiedsgericht anzurufen. Sie greifen zu diesem Mittel nur dann, wenn sie entweder ihr gutes Recht mit Gewalt nicht erreichen können, oder wenn sie um einen bequemen und äußerlich gut aussehenden Vorwand zum Zurückweichen verlegen sind. Das Schanpinet, das gerade jetzt die Verhandlungen des Haager Schiedsgerichts in der Venezuela-Angelegenheit gewährt, ist ganz danach angetan, die ganze Institution noch unbelieblicher zu machen und die Engländer in ihrer oben gekennzeichneten Haltung zu bekräftigen.

Zweitens denkt man in England logischer als in Frankreich, wo die Herrschaft der Phrase noch immer in voller Blüte steht. Man sieht sich den Vertrag näher an und macht dabei die beruhigende Entdeckung, daß er alles beim Alten läßt und die Entscheidung durch Krieg nur für solche Fälle ausschließt, über die auch früher niemals zwischen europäischen Mächten Krieg geführt worden wäre. Eine kurze Analyse der Bestimmungen des Vertrags wird zeigen, daß er von einer geradezu fomihaften Inzuchtlosigkeit ist und den Schattens der Unterwelt gleicht, die dem, der sie ergreifen will, in den Armen zerfließen.

Dreierlei aller denkbaren Streitigkeiten werden zunächst durch die grundlegende Bestimmung ausgeschlossen, daß von neu auftretenden Schwierigkeiten nur solche, die juristischen Charakters sind, von älteren, auf bestehende Verträge begründeten nur solche dem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, deren Beilegung auf diplomatischem Wege sich als unmöglich erweisen hat. Wer nur ein paar Jahrzehnte hindurch den Verlauf der aus den verschiedenartigsten Ursachen entstehenden Streitigkeiten beobachtet hat, wird zugeben, daß das Verhältnis von 75 v. H. für die durch diplomatischen Meinungsäuslauch geregelten sehr niedrig gegiffen ist.

Der traurige Rest enthält nun freilich einige Fragen allerersten Ranges, und der nüchtern kritische Sinn des englischen Unterwunders hat es verstanden, diesen Knochen so von allen Fleisch zu entblößen, daß er von jeder Faser gereinigt als unüberwindliche Kost für die „Pacifisten“ daliegt. Denn von diesem elenden Reste scheiden zunächst alle Fragen aus, welche die Unabhängigkeit oder andere Lebensinteressen der beteiligten Mächte betreffen, oder, mit anderen Worten, gerade diejenigen Fragen, wegen deren bisher alle europäischen Kriege geführt worden sind. Japan, Rußland, Ägypten, Marokko — kurz, sämtliche Fragen, an denen England und Frankreich überhaupt ein greifbares Interesse haben, scheiden aus.

Der noch übrigbleibende Kluffe Schemen umfaßt eigentlich nur noch solche Fragen wie etwa die nach dem Besitz unfruchtbarer Klippen im Grenzgewässer, über die Unterhaltungspflicht von Leuchttürmen, über die Auslieferung von Verbrechern und dergl. mehr. Aber der kluge Engländer dachte an den Trennfall, der, wenn damals Nordamerika nicht nachgiebig gewesen wäre, zu einem Kriege zwischen England und Amerika geführt hätte, — und er schaltete noch eine Bedingung ein, die dem Schiedsgerichte auch Fragen entzog, bei denen die Ehre einer der beteiligten Mächte in Betracht kommt. Es ist klar, daß jede der beiden vertraglichschließenden Mächte es damit in der Hand hat,

bei der unbedeutendsten Sache den Vertrag illusorisch zu machen. Sie braucht nur zu erklären, daß sie darin eine Ehrensache sähe. Es fehlte nur noch, daß man darüber — eine *contradictio in adjecto* — die andere Macht ein Schiedsgericht anriefe, um zu entscheiden, ob wirklich die Ehre beteiligt und folglich ein Schiedsgericht ausgeschlossen sei. Dann stünde der fehlerhafte Kreis, der nichts einschließt, in makelloser Vollendung da.

Staatsmännische Weisheit hat selten ein Erzeugnis ausgeheckt, das der bewundernden Menge den Begriff der tauben Kuh in so unbedenklicher Vollendung und mit allen Paraphernalien der Diplomatie ausgestattet vor Augen führt.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 21. Oktober.

Eine Sonderinteressenfrage als nationalisierende Wahlparole? Die nationalliberale Landtagsfraktion bestand in der letzten Legislaturperiode aus 75 Mitgliedern; davon waren reichlich zwei Drittel im Kreise gewählt, die der projektivierte Mittelstand durchziehen würde, nämlich in Hannover 22, Rheinland 14, Sachsen 8 und Westfalen 7. Den genannten vier Provinzen mit ihren 51 nationalliberalen Abgeordneten würde der Löwenanteil von der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage zufallen; nebenher sei bemerkt, daß die an die projektivierte Wahlparole angrenzenden Wahlkreise überhaupt größtenteils in nationalliberalem Besitze sind.

Dieses vorausgesetzt, erscheint es — vom Standpunkte des wirtschaftlichen Interesses — nicht gerade beizweifelnd, daß die Nationalliberalen mit größter Begeisterung für die Kanalvorlage eintreten. Erwachsen doch der hochentwickeltesten westdeutschen Industrie aus den Ballertransporten materielle Vorteile, wie sie in gleichem Maße kein Zolltarif, kein Eisenbahn-Frachttarif gewähren könnte! Man hat sich nachgerade daran gewöhnen müssen, den Bau des Mittelkanals als eine große Kulturthat anzusehen zu hören, als ob die reichen westlichen Provinzen unzulässige Gebietsteile der preussischen Monarchie wären! Man hat die Steuerkraft des Westens gegenüber dem Osten rühmend hervorzuheben, als ob nicht von der Natur mit reichen Bodenschätzen gesegnete Länder mehr leisten können und müssen als ärmere Landstriche! Wer behaupten wollte, daß der Westen gegenüber dem Osten der Monarchie in verheißungsvoller Hinsicht vernachlässigt sei, verdient nicht mehr ernsthaft genannt zu werden. Aber charakteristisch heißt es doch, daß eine Partei, welche doch in erster Linie nationale Interessen vertreten will, eine rein lokale wirtschaftliche Interessenfrage zum Kardinalpunkt ihres Parteiprogramms macht.

Wer die Vorgänge der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, wird sich von der Ueberzeugung nicht frei machen können, der Mittelkanal sei zur Wahlparole der nationalliberalen Partei geeignet worden. Wird das nicht offen vor aller Welt ausgesprochen — vielleicht aus tätigen und diplomatischen Rücksichten — so ist dies doch zwischen den Zeiten kaum genau, um diese Konjektur einzugehen. Schon die kürzlich stattgehabte Zusammenkunft in Hannover, woselbst der Abg. Wallbrecht mit verblüffenden Mitteilungen über den Bau des Mittelkanals aus Privatmitteln aufwarten konnte, gibt zu denken! Noch mehr aber die Kritik der Partei in zahlreichen Wahlkreisen anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen. „Die Gefahr der erneuten Bildung einer clerikal-konserverativen Majorität“ soll es rechtstieren, daß die Partei den Anschlag nach links, teilweise sogar sehr weit nach links sucht. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß etwa Schul- und Kirchenfragen diese Stellungnahme rechtfertigen sollten, denn diese Bindnisse mit der Demokratie richten sich teilweise auch gegen die Freikonserverativen, die in diesen Fragen mit den Nationalliberalen Hand in Hand gegangen sind; wir erinnern an die Vorgänge im Buppertale, Wühlhaußen-Langenfald und vor allem an Halle a. S. Am übrigen liegt auch keine Begründung für die Nationalliberalen vor, auf diesem Gebiete irgend welche Befürchtungen zu hegen, denn seit der Zurückziehung des Beschlusses Schulgesetzkurules ist seitens der Regierung nichts geschähen, was darauf schließen ließe, grundlegende Änderungen im Unterrichtswesen eintreten zu lassen.

Befindet sich die nationalliberale Partei nach dem Einschneiden ihrer bedeutenden Führer im Zustande der Demoralisierung, will sie ihre Bündnisse mit der Demokratie durch scharfes Accentuieren des „liberal“ rechtfertigen, dann wird sie bald auf die selbe abschüssige Bahn geraten, wie die beiden freijünnigen Parteien; ebenso aber auch, wenn sie ihre Karte auf eine einzelne lokale Interessenfrage setzt und zu diesem Zwecke ein gutes Stück ihrer Vergangenheit aufgibt. Daß sie die Wünsche der Kanalvorlage nicht verbeißert,

wenn sie sich zudem maßgebenden Parteien in drohender Gefahr stellt, bedarf keiner Worte. Die verächtliche parteiisüßige Wahlparole, welche schon die beabsichtigten Wähler getrieben hat, ist so ungeschickt wie möglich gerade im Hinblick auf die ganze politische Konstellation.

Die Akademie in Polen.

Die Eröffnung der königlichen Akademie zu Posen war ursprünglich auf den 15. Oktober festgesetzt, wurde aber auf Anfang November verschoben werden, da die mancherlei Vorbereitungen nicht rechtzeitig beendet werden konnten, und besonders die vorläufig miethweise beschaffenen Räume noch nicht fertiggestellt waren. Die Akademie wird außer dem Geschäftsräume über vier Hörsäle, zwei größere und zwei kleinere, mehrere Seminarräume, einen Hörsaalraum und ein Sitzungszimmer, Aufnahmestube für die Dozenten und die Hörer und die Dienstwohnung des Rektors verfügen. Die Vorlesungen mit einem großen Publikum müssen außerhalb des eigenen Hauses, etwa im Hörsaal der Kaiser Wilhelm-Bibliothek oder in dem des Kaiser Friedrich-Museums, stattfinden. Für später wird der Bau eines eigenen Akademiegebäudes geplant.

Das Programm der Akademie wird im „Pos. Tagebl.“ eingehend besprochen. Im Gegensatz zu den Universitäten und Technischen Hochschulen soll sie nicht zu bestimmten Berufen vorbereiten, keine Berechtigungen erteilen. Sie soll vielmehr dem geistigen Leben und Streben der Stadt und der Provinz Posen einen wissenschaftlichen Mittelpunkt geben. Sie soll sich unmittelbar an die Gelehrten wenden, an die Männer und Frauen, die im Berufs- und Arbeitsleben stehen, und gerade in ihrer Arbeit die Notwendigkeit fühlen, sich zu bilden und fortzubilden. Daß die Akademie nicht als ein Fremdkörper von außen in das Posener Leben eingeführt wird, sondern sich aus den dortigen Verhältnissen als etwas notwendiges, wenn auch neues entwickelt, kommt in der Zusammenfassung ihrer Lehrerschaft zum Ausdruck. In dem Senat der Professoren sitzen neben den auswärts Berufenen bewährte Männer, die bereits seit längerer Zeit in aufopferungsvoller Arbeit in Posen der Wissenschaft gedient haben. Man hat dafür Sorge getragen, daß auch in den Verwaltungsgeschäften der Akademie die Posener Sachkenntnis stark vertreten sei. Der Prorektor und das hiesige Mitglied der Verwaltungskommission ist aus den Kreisen der Posener Gelehrten genommen.

Für die Instruktion zu den Vorlesungen genügt allgemein die Beschäftigung zum einschüßigsten Dienst, auch sind hier auch Ausnahmen zulässig. Fast alle gemeint interessanten Vorlesungen liegen in den Abendstunden von 5 bis 8 Uhr. Außer dem Rektor gehören dem Institut zwölf Professoren an, außerdem vier Dozenten und neun mit Vorlesungen beauftragte, also bis jetzt 26 Lehrkräfte. Das Programm rechnet zunächst mit den Bedürfnissen der Offiziere, Beamten- und Kaufmannschaft. Es hat in seinem ersten Teil etwas von praktischer gewerblicher Charakter. Die Volkswirtschaftslehre ist stark vertreten, die Jurisprudenz fehlt nicht; neben der Medizin erscheinen Physik, Chemie, Botanik, Technik und Landeshunde von Posen. Auch den praktischen Sprachunterricht in Französischen und Englischen ist viel Raum gewährt. Aber die Akademie bleibt doch völlig frei von Einseitigkeit und vom Charakter der praktischen Hochschule. Außer der Theologie sind alle vier Fakultäten vertreten, und in der philosophischen Fakultät behauptet neben der naturwissenschaftlichen Sektion die geistliche ihr volles Recht.

Wäre die Posener Akademie eine Pflanzstätte deutscher Wissenschaft, deutschen Könnens sein, die gerade dadurch den Deutschen zum Bewußtsein bringt, wie sie als Angehörige eines großen Kulturvolkes Anspruch und Recht besitzen auf nationalen Stolz!

Adressenschreiber.

Glücklich alle, die die Leiden dieses sogenannten Berufes noch nicht durchqualten brauchen, des Berufes der Adressenschreiber. In langen Arbeitstagen sitzen die Bediensteten, die hier ihr tägliches Brot verdienen müssen, nichts hört man als das emige Klackern der Federn und hier und da vielleicht noch einen halb unterdrückten Seufzer hören, der immer wieder festhalten muß, daß er durch seiner Hände Arbeit kaum soviel verdient, als er zu Wohnung und des Lebens Notdurft und Nahrung nötig hat. Die Leiden derjenigen, die sich der Sklaverei des Adressenschreibens widmen müssen, weisen eine ständig wachsende Zusammenfassung auf. Nur wer in die äußerste Not geraten ist, verdingt sich an die Adressenanstalten, und wer Aussicht hat, irgend noch anders pro Tag auch nur einen Groschen mehr verdienen zu können, wendet ihnen mit Freuden wieder den Rücken. In der Regel wird für die Beschäftigung von 1000 Adressen nicht mehr als 2,50 Mk. gegeben, und wie wenige sind in der Lage, im Laufe eines Tages tausend Briefumschläge in laubereicher und denklicher Handschrift mit Adressen zu versehen. Nicht die geringste Aussicht besteht, den Adressenschreiber höheren Verdienst zu sichern. Eine regelrechte Lohnbewegung ist hier undenkbar, da jeder aus einem Adressenbureau Austrittende aus der Armut der Stellungswahl sofort ergänzt werden kann. Der Beruf der Adressenschreiber hat eine nicht geringe

Zahl von Vertretern namentlich in Berlin, und hier rekrutieren sich seine Vertreter zum Teil leider aus den Unterparlamenten und Parteien, die aus der Provinz ohne bestimmtes Engagement nach der Reichshauptstadt gingen, dort wider Erwarten Ueberfüllung in allen Versammlungen vorfinden und so stolz, selbst in die Heimat zurückzukehren, das hatte doch des Adressenschreibens auf sich nehmen, um sich an die Tätigkeit ihrer Landesparlamenten zu erinnern. — Die Berliner Adressenschreiber beschäftigen gegenwärtig aus Anlaß eines natürlich ausbleibenden Streikes in einer Adressenliste die öffentliche Meinung. Die Adressenlisten sind für aus dem Bedürfnis heraus entstanden, sie sind ein unentbehrliches Hilfsmittel der Presse geworden, die im großen Arbeit und die kräftigste Hilfe der Weg der direkten Offerte für zweckmäßiger hält, als die in Wirklichkeit weit wirksamere Annonce in guten und anständigen Tagesblättern. Die Adressenlisten werden förmlich elegant ausgestattete Kataloge, in denen alle bekannten Branchen, von Antiquaren angefangen bis zu den Zigarrenfabriken, vertreten sind. Für die meisten Stellungsbüro ist die Tätigkeit als Adressenschreiber der letzte Rettungsanker. In den Berliner Bureaus findet man früher Ärzte, Medizinalräte neben ehemaligen Beamten der Reichs- und Kommunalbehörden, die ihr Leben nichtwichtig mit Adressieren frönen und die auf bessere Zeiten hoffen. Die größere Zahl der beschäftigten Personen ist hier nur vorübergehend tätig, manche bleiben nur eine Woche, manche einen Monat, um dann irgendwo anders aufzutauchen. Die Adressenlisten sind nicht besonders reichhaltig, eine Stellung des Personal, dementsprechend nicht verlangt, eine solche Handarbeit ist das einzige, was für den Adressenschreiber notwendig ist. In aufschreienden Fällen finden aus dem Gefängnis entlassene Personen der gebildeten Stände hier für eine Unterfertigung, durch harte Arbeit bis tief in die Nacht hinein erwerben sie das Nötigste zum Lebensunterhalt, sie es ihnen eines Tages glückt, in eine andere Stellung hineinzukommen, wo sie ihre Talente und Fertigkeiten besser verwenden können.

* **Se. Maj. der Kaiser** unternahm Montag nachmittag einen Spaziergang im Park von Sanssouci. An der Abendtafel nahmen die anwesenden Prinzen und Prinzessinnen von Schleswig-Holstein teil. Dienstag vormittag von 9 Uhr bis 4 Uhr er die Kaiserin die Grafen des Militärpalatinats und des Hofes des Admiralspalats und empfing um 12 Uhr den neu ernannten großherzoglich badischen Generalen Grafen v. Beckheim. — Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, empfing der Kaiser in der Audienz aus den Händen des neuernannten badischen Generalen Grafen v. Beckheim ein Schreiben des Großherzogs von Baden, das den Grafen in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Audienz wählte der Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Nostitzden bei.

* **Die Königin Wilhelmine** von Holland und ihr Gemahl Prinz Heinrich der Niederlande sind in Begleitung des Großherzogs, der Großherzogin-Witwe Marie, sowie des Prinzen Wolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin in Dobbin (Mecklenburg), der Besichtigung des Prinzen Heinrich, eingefahren, wo die Herrschaften einen etwa achtstündigen Aufenthalt zu nehmen gedenken. Danach werden die Königin Wilhelmine und ihr Gemahl die Wälder bei dem Haag antreten.

* **Personalnachrichten.** Dem „Staatsanzeiger“ zufolge ist dem Oberpräsidenten von Posen v. Balda u. das Amt eines Kurators der Königlich Akademie in Posen übertragen worden. — Aus den Reihen der preussischen Juristen-Prüfungskommission beauftragt, der langjährige hochverdiente Vorsitzende, Dr. Siegel, die Abfertigung der ihm wertvollen Dienste zu entlassen. Man wünschte sich der Abfertigung, daß seine Nachfolger nicht unvollständigen und unüberwindlichen sind. — Der Divisionsarzt Dr. Ziede in Saarbrücken ist zum Generalstab des neuen kaiserlichen Heeresbesatzungsbolmar in Berlin ernannt worden. Dr. Jiede hat den Feldzug in China als kaiserlicher Feldjäger mitgemacht.

* **Empfänge.** Der Kaiser Franz empfing den neuernannten Kommandeur des preussischen Kavallerie-Regiments Obersten Ernst von Orlow und Oberstmann von Boden. Mittags legten die preussischen Offiziere einen Kranz auf den Sarg des Kronprinzen Rudolf in der Kapuzinerkirche nieder.

* **Teilnahme an der Enthüllung des Kettler-Denkmals.** Der Kaiser bestimmte, daß der Verteidiger der Befestigung in Stellung des Kettlers in der Schlacht von 1900 Hauptmann Oberst v. Eckenstein 1. Sebatian als Vertreter der Marine der Feier der Enthüllung des Denkmals für den ermordeten deutschen Generalen Freiherr v. Kettler in Münster am 25. Oktober beizuwohnen solle.

* **In Ehren der bundesstaatlichen Vertreter.** Dienstag abend wurde im Reichstagspalast zu Ehren der anwesenden bundesstaatlichen Vertreter ein Festessen gegeben, an dem die Finanzminister und Generalen der Bundesstaaten, die in Münster am 25. Oktober die Staatsfeier des Grafen von Sadowitz, Freiherr von Nostitzden und Freiherr von Stengel teilnahmen.

* **Die Generalprobe** nahm einstimmig eine Adresse an den Kaiser an mit einer Dankagung für den Erlaß der Aufhebung der Parkbeiträge zu dem Parkwärtigen und Waisenfonds. Mit der königlichen Gnade seien dringende Wünsche der Generalprobe unverhofft und schneller Weise ihrer Erfüllung entgegengekehrt. Durch die Aufhebung der Parkbeiträge der Waisenfonds in jedes einzelne Parkhaus getragen. Die Adresse schloß am Schluß Gottes Segen auf den Kaiser und das kaiserliche Haus herab.

* **Der Präsident des Grafen Falkenhayn.** In der Sitzung der beiden Kammern der Abgeordneten am Dienstag gab Ministerpräsident Freiherr v. Rodewitz bei Besprechung der allgemeinen politischen Lage folgende Erklärung über die Gründe des Rücktritts des früheren Reichspräsidenten Grafen v. Falkenhayn ab:

Als Grund für die Rücktrittswilligkeit werden keineswegs in einer öffentlichen Mitteilung angegeben, sondern nur in der Behandlung gewisser Angelegenheiten begründet. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen die Frage, ob der Rücktritt im Ministerium zu gewissen Anlässen ohne vorherige Zustimmung mit den anderen Ministern befristet sei. Diese hielten für die fragliche Angelegenheit mit Rücksicht auf deren große Bedeutung eine Entscheidung vorzuziehen, als es sich um eine allseitige Besetzung für alle wichtigeren Angelegenheiten eine gemeinsame Beratung im Ministerium besonders angeht. Wenn die Differenz auf dem Gebiete der formalen Geschäftsbehandlung lag, so würde, fanden keineswegs formale Beschlüsse in ungenügender Bedeutung, sondern das mächtigste und entscheidende Interesse in Frage, ob das Geschäftsmäßigem der Ministerkollegen in Frage steht, und das Geschäftsmäßigem, die sie mit ihrer politischen Verantwortung zu befrachten, gewahrt geblieben sei. Die Lage einer unerwarteten Veränderung durch das Grafen Falkenhayn ein Entlassungsangebot einreichte, ohne mit den übrigen Ministern sich zu berathen, und erst die Angelegenheit erledigt wurde. Die Kaiser hat damit zu wenig Zeit gegeben, die sie durch die Genehmigung des Entlassungsantrages gefunden hat. Eine Veränderung in den Umständen der Regierung ist insoweit der Personwechsel nicht eintraten. Das Ministerium will die guten Beziehungen zwischen Bayern und dem Reiche auf der

Grundlage der Verfassung sorgfältig pflegen und bei der Geschäftsführung sich nicht von Parteisichtweisen, sondern ausschließlich durch die Interessen der Krone und des Landes leiten lassen. Der Ministerpräsident erklärte noch, daß die Beziehungen Bayerns zum Reiche nach wie vor ausgezeichnet seien und daß der jetzige Minister sie mit aller Hingabe pflege.

* **Seitliche Kapitane.** Die „Allg. Ztg.“ schreibt: In der französischen Presse wird mit Vergnügen der Fall erzählt, daß der Führer des englischen Dampfers „Aghaghan“ den Schiffbrüchigen des französischen Dampfers „Amiral Guéydon“ Aufnahme und Unterstützung bereitet hat. Der Fall an sich liegt in der Zeit recht häufig vor, und die Tugend, die der Menschheit so oft nur selten vor, daß Schiffskapitane schiffbrüchigen Mannschaften oder Schiffen in Seenot die Hilfeleistung verweigern. Es verdient gegen alle Gebote der Menschlichkeit, daß solche Kapitane, wie häufig auch die moralische Beurteilung sein möge, nach dem Tode der Schiffbrüchigen in keiner Weise belangt und zur Rechenschaft gezogen werden können, und es ist nicht unerklärlich, wenn in der französischen Presse eine internationale nationale gesetzliche Regelung verlangt wird, die solche Verweigerung von Hilfeleistung unter strenge Strafe stellt. Wenn irgend eine Materie sich zur internationalen Verhandlung eignet, so ist es die Schiffahrt. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Verhandlung über ein solches Gesetz sehr schwierig sein wird. Praktischer und schneller würde es wirken, wenn alle Meereereien unter dem Druck der öffentlichen Meinung sich dazu entschließen, jeden Kapitän unaufrichtig zu entlassen, der bei Schiffbrüchigen ohne zureichende Gründe seine Hilfe verweigert. Solche Leute müßten einfach gehängt werden, und keine anständige Meereereie dürfte ihnen wieder die Führung eines Schiffes anvertrauen. In Deutschland allerdings bedarf es solcher besonderen Abmachungen gar nicht, denn, wie wir unsere Meereereien ausstellen ohne zureichende Gründe, keine Hilfe verweigern. Solche Leute müßten einfach gehängt werden, und keine anständige Meereereie dürfte ihnen wieder die Führung eines Schiffes anvertrauen. In Deutschland allerdings bedarf es solcher besonderen Abmachungen gar nicht, denn, wie wir unsere Meereereien ausstellen ohne zureichende Gründe, keine Hilfe verweigern. Solche Leute müßten einfach gehängt werden, und keine anständige Meereereie dürfte ihnen wieder die Führung eines Schiffes anvertrauen.

* **Von den Doanbos.** Aus Winthof, 17. September, wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: Ein gestern aus dem Militär Großherzog in Bismarck eingetroffener Brief der Herrschaft von der deutschen Familie Raab sowie seiner zwei Weiber durch Doanbos mitgebracht. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde ein Eingreifen der Truppen nicht zu umgehen sein. Wenn Anzeichen noch hängt die Vorgänge der Doanbos mit der fernerer beschriebenen Vorgänge einer Mission nach Afghanistan an, so ist die Eingeborenen unterlegen, zusammen. Höhere Nachrichten bleiben abzuwarten. Ueber die zu treffenden Maßnahmen der Regierung konnte bis zum Abgange dieser Post nichts in Erfahrung gebracht werden.

Inseln.

Ungarische Ministerien.

Der Kaiser empfing Dienstag mittag den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Kálmán-Déak in hofständiger Audienz, in der er über die politische Lage in Ungarn Bericht erstattete. Hierauf wurde der Finanzminister Dr. v. Lóráncz in einleitender Audienz empfangen. Dieser erstattete ausführlichen Bericht über den Inhalt des vom Kaiser ausgesetzten Briefes und über den Inhalt des vom Kaiser ausgesetzten Briefes und über den Inhalt des vom Kaiser ausgesetzten Briefes.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Ungarische Ministerien.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

solle, entwirft zunächst in Bezug ein Bild von dem jetzigen Grenzverlauf und weist auf die Fehler derselben hin. Die Mängel dieser Grenzschiede sind hauptsächlich durch die geringen Randentwürfe der Franzosen aus dem Vertrage vom 18. März 1840 zu erklären, was aus dem Vorbericht des bekannten französischen Generals Roches hervorgeht. Die jetzige Grenze nimmt ihren Anfang an der Mündung des Dnieb und läuft, den geographischen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragend, bis zum Tarnitz im Gebiet Siedelberg, einer Stelle des nördlichen Ufergebirges von hier aus ist sie, „weil im unbetonten Sinne eine Erhebung nicht notwendig“, überhaupt nicht mehr schiefelhaft, beständig man aber die im erwähnten Vertrage ausgesprochene Zustimmung der Stämme unter die bedrückten Westmänner, so resultiert etwa eine Linie, die die Dnieb bis zum Tarnitz, also bei Waroffo, befristet. Durch das französische-englische Abkommen, das dem Vorbericht folgt, sind nun französische Interessen im Hinterland von Czern mehr als früher in den Vordergrund gerückt worden, an Stelle des ehemals angeordneten generaloffensiven Grenzverlaufs ist das Projekt eines großen nordwestlich-französischen Grenzverlaufs getreten, zu dessen großen Zusammenstoß bekanntlich von der Republik mehrere französische Grenzverläufe geplant werden, die den Reichthümern der Westmänner, augenblicklich bis etwa Dmanid an der gestrichelten Linie umgeben die Jussians und Gouba entlang nach dem Tarnitz und dann weiter nach Aquabine bei Timbaktu. Am Tarnitz sind die Franzosen seit etwa 2 Jahren Herren der Lage, der Tarnitz haben sie ebenfalls ihren Fuß gefaßt, die Westmänner aber die Westmänner nicht. Die Gründung ihres neuen Volkes bei Dmanid sind von der Gestalt der letzten Monarchie gerühmt worden — aber die wichtige Verbindungslinie Gouba ist seit dem nicht immer nicht im unbetonten Sinne des Republik, wie die blutigen Kämpfe der Tarnitz vom 18. bis 20. August und der nachfolgenden Kämpfe der Westmänner am 2. September d. J. hervorgehen. Diesen Tarnitz herbeizuführen und zu sichern gilt das Mühen der Republik und diese Mühen gelingen zu sehen, liegt auch im Interesse Deutschlands, denn es handelt sich dort darum, einen der vielen Berde, den Handel gefährdender Unruhen zu befrachten. Wenn in neuerer Zeit bekannt worden ist, Frankreich überlege sich eine Grenzveränderung, so ist dies ganz falsch; im Gegenteil sucht die Republik seit Jahren eine solche herbeizuführen. — Da die Verletzung der Grenze hienowiese nicht ohne Gefahr durchzuführen ist, sucht der Vortragende beim französischen Generalgouvernement um Entlassung an die Grenzlinie, die ihm aber verweigert wurde, so ist die Grenzlinie, in einem Lande, in dem die Schiffe und Eisenbahn an der Tagesordnung steht, keine Verantwortung für die Person eines Reichthümern übernommen werden können. Der Vortragende führt die Verantwortung zunächst nach Algerien, dem Ausgangspunkt seiner Reise, und zeigt, verschiedene Bilder des Generalrats für die Grenzlinie, die sich nicht nur in der Westmänner, sondern auch in der Tagesordnung steht, keine Verantwortung für die Person eines Reichthümern übernommen werden können. Der Vortragende befragt sich auf eigene Gefahr, aber mit Verweisen der Völkchen in die betreffenden Distrikte. Er führt die Verantwortung zunächst über Czern an der westmännischen Seite zur Mündung des Dnieb bis nach dem Tarnitz, in dem Tarnitz einige Bilder der Westmänner der Seite geltend gemacht hat, und auf den in Deutschland viel zu wenig bekannten Reichthümern von Czern eine Erklärung des früheren Marineleiters und Admirals Reichthümern von Czern, die er erst kürzlich durch A. Gouba angefaßt und geschildert wurde, und die bestimmt sein soll, den Ausgangspunkt für eine von vielen Seiten in Frankreich an Stelle der Westmänner und Eisenbahn an der Tagesordnung steht, keine Verantwortung für die Person eines Reichthümern übernommen werden können. Der Vortragende wird daher mit der Eigenheiten der jetzigen Grenze bekannt gemacht und nach Sella Magaria, Onbda und in die Westmänner angefaßt. Wiederholt wird darauf aufmerksam gemacht, daß durch die schiefelhaften Grenzbestimmungen der Tarnitz nicht nur den Westmännern, sondern auch den Westmännern Schaden erwachsen würde, und daß durch die schiefelhaften Grenzbestimmungen der Tarnitz nicht nur den Westmännern, sondern auch den Westmännern Schaden erwachsen würde, und daß durch die schiefelhaften Grenzbestimmungen der Tarnitz nicht nur den Westmännern, sondern auch den Westmännern Schaden erwachsen würde.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen. Die Ministerien sind am 17. September in der Hofkanzlei in Budapest zusammengekommen.

